23, 06, 82

# Beschlußempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

zu einer dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsache

vor dem Bundesverfassungsgericht
— 2 BvE 1/82 —

#### A. Problem

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Deutschen Bundestag den Antrag der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages auf Feststellung, daß die Bundesregierung Artikel 44 Abs. 1 des Grundgesetzes verletzt hat, indem sie sich weigert, dem 1. Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages der 9. Wahlperiode bestimmte zum Fall Rauschenbach angelegte Akten vorzulegen, zugeleitet und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

#### B. Lösung

Der Rechtsausschuß empfiehlt, von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt abzusehen.

#### C. Alternativen

wurden im Ausschuß nicht erörtert.

### D. Kosten

keine

### Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

von einer Äußerung oder einem Verfahrensbeitritt zum Antrag 2 BvE 1/82 abzusehen.

Bonn, den 23. Juni 1982

#### Der Rechtsausschuß

Frau Dr. Däubler-Gmelin

Vorsitzende und Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Deutschen Bundestag mit Schreiben vom 26. Mai 1982 den Antrag 2 BvE 1/82 zugeleitet und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 1. September 1982 gegeben. Mit dem Antrag begehrt die Fraktion der CDU/CSU des Deutschen Bundestages festzustellen, daß die Bundesregierung Artikel 44 Abs. 1 des Grundgesetzes dadurch verletzt, daß sie sich weigert, dem 1. Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages

der 9. Wahlperiode die zum Fall Rauschenbach angelegten sensiblen Akten, insbesondere des Zollkommissariats Tann und des Bundesgrenzschutzes, vorzulegen und die dafür maßgebenden Gründe anzugeben.

Der Ausschuß hat ohne Aussprache einhellig beschlossen, von einem Verfahrensbeitritt oder einer Äußerung abzusehen.

Bonn, den 23. Juni 1982

Frau Dr. Däubler-Gmelin

Berichterstatterin